

AKTUELLE RECHTSENTWICKLUNG RECENT LEGAL DEVELOPMENTS

Bericht über die Gesetzgebungstätigkeit des Japanischen Parlamentes in der 162. Sitzungsperiode

*Berichtet von Peter Schimmann und Markus Janssen **

- A. Einleitung
- B. Wichtige verabschiedete Gesetze
 - 1. Antimonopolgesetz
 - 2. Unternehmensgesetz
 - 3. Warenzeichengesetz
- C. Privatisierung der japanischen Post
- D. Verabschiedete Gesetze

A. EINLEITUNG

Der vorliegende Bericht über aktuelle Gesetzgebung in Japan folgt zeitlich auf den vorausgegangenen Bericht über die Gesetzgebungstätigkeit im Jahr 2004 (Ende der 161. Sitzungsperiode des Japanischen Parlamentes am 3. Dezember 2004)². Die Sitzungsperiode, über die wir hier berichten, begann am 17. Januar und endete am 13. August 2005.

Die Sitzungsperiode stand ganz im Zeichen der Postreform (Privatisierung der japanischen Post). Bis zuletzt war der Ausgang dieses großen Vorhabens ungewiß. Am Ende ist Premierminister *Koizumi*, für dessen Regierung die Privatisierung der Post das Symbol schlechthin war und ist, an seiner eigenen Partei gescheitert. Das Parlament wurde aufgelöst und Neuwahlen für September angesetzt, bei denen nicht weniger als die Zukunft der Regierung *Koizumi* und der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) zur Abstimmung stehen.

Traditionell berichten wir an dieser Stelle über verabschiedete, nicht über gescheiterte Gesetze. Angesichts der Bedeutung der Postprivatisierungsgesetze möchten wir den Inhalt der von der Regierung vorgeschlagenen Reformen und den Verlauf der parlamentarischen Debatte am Ende dieses Berichtes dessen ungeachtet kurz erwähnen.

* Janssen Rechtsanwälte, München und Tokyo. Wir bedanken uns für die wertvolle Mitarbeit und Unterstützung bei verschiedenen Kollegen unserer Partnerschaft *Asahi Koma* für die Recherche und Informationsbeschaffung.

2 SCHIMMANN / JANSSEN, ZJapanR / J.Japan.L. Nr. 18 (2004) 193.

B. WICHTIGE VERABSCHIEDETE GESETZE

1. *Antimonopolgesetz*

Am 27. März 2004 wurde das neue Antimonopolgesetz verabschiedet³. Wir möchten hier nur die wesentlichen Neuerungen kurz erwähnen.

Kern der Reform ist eine Erhöhung der Strafgeelder, einschließlich einer neuen zusätzlichen Strafgebühr für Wiederholungsfälle. Die Höhe der Strafgeelder ist in Prozentsätzen angegeben. Multipliziert mit den durch wettbewerbswidriges Verhalten erlangten Geldbeträgen ergeben diese Prozentsätze die zu zahlende Summe. Die Wettbewerbsbehörde (*Kôsei Torihiki Inkai*) hatte lange auf eine Erhöhung der Bußgeelder gedrängt, war aber auf starken Widerstand der Wirtschaftsverbände gestoßen.

Neu eingeführt wurde ein Gnadenverfahren, von dem Firmen profitieren, die zwar einen Wettbewerbsverstoß begangen haben, aber vor Einleitung einer Untersuchung diesen Verstoß offen legen und abstellen.

Auch das Verfahren zur Feststellung von Wettbewerbsverstößen wurde reformiert. Nunmehr kann die Wettbewerbsbehörde Maßnahmen (einschließlich der Bestimmung von Strafgeeldern) einleiten, bevor die betroffenen Unternehmen ausführlich gehört wurden. Die Unternehmen müssen lediglich informiert werden und die Gelegenheit zu einer kurzen Stellungnahme haben. Eine detaillierte Anhörung erfolgt dann erst nach einer Anfechtung der getroffenen Maßnahmen. Die betroffenen Unternehmen haben ferner das Recht, von Gericht eine einstweilige Anordnung zu erwirken. Damit sollen Verfahren schneller und effektiver abgeschlossen werden.

Das Gesetz wird mit seinen wesentlichen Bestimmungen im Jahr 2006 in Kraft treten.

2. *Unternehmensgesetz*

Mit dem neuen Unternehmensgesetz⁴, kurz vor Ende der Sitzungsperiode am 26. Juli 2005 verabschiedet, hat das japanische Parlament einen weiteren sehr großen Beitrag zur Reform des Unternehmensrecht geleistet. Mit fast 1000 Artikeln greift es tief in das Recht der Aktiengesellschaft, das Recht der Gesellschaft mit beschränkter Haftung und in Bestimmungen zur Spaltung und Fusion ein. Auch die verschiedenen Aspekte dieses Gesetzes werden noch Gegenstand detaillierter Analyse sein, weshalb im folgenden nur einige Kernpunkte kurz dargestellt werden.

Zweck des Gesetzes ist eine weitere Deregulierung des Gesellschaftsrechtes, und damit eine Förderung in- und ausländischer Investitionen. Das Gesetz wird am 1. April 2006 in Kraft treten, einzelne Bestimmungen aber erst im Jahre 2007.

3 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über das Verbot von privaten Monopolen und über die Förderung des lautereren Wettbewerbs (*Antimonopolgesetz*), *Shiteki dokusen no kinshi oyobi kôsei torihiki no kakuho ni kan suru hôritsu no ichibu wo kaisei suru hôritsu*, Gesetz Nr. 35/2005.

4 *Kaisha-hô*, Gesetz Nr. 86/2005.

(a) Kapitalgesellschaften

Mit Inkrafttreten der Reform wird die Rechtsform der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (*yûgen kaisha*) abgeschafft. Beide derzeit existierenden Kapitalgesellschaften werden zu einer einheitlichen Rechtsform zusammengefaßt, die dann den Namen *kabushiki kaisha* führen wird. Bereits bestehende Gesellschaften mit beschränkter Haftung werden nach derzeitigem Recht fortbestehen, entsprechende Übergangsvorschriften sind in Vorbereitung.

Damit verbunden ist eine Abschaffung des Mindestkapitals für die neue Kapitalgesellschaft. Bekanntlich betrug der Regelmindestbetrag bislang drei Millionen Yen (ca. 22300 €) für eine *yûgen kaisha* und zehn Millionen Yen (ca. 74300 €) für eine *kabushiki kaisha*.

Im Zusammenhang mit der Reform der Kapitalvorschriften steht auch die Abschaffung der Vorschrift, nach der im Falle eines Erwerbs von Vermögensgegenständen innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren eine Sachwertprüfung durch einen gerichtlich bestellten Prüfer erforderlich ist (Artikel 246 Japanisches Handelsgesetzbuch)⁵, wenn die Gegenleistung für den Erwerb fünf Prozent des Stammkapitals der Gesellschaft ausmacht. Solche Prüfungsverfahren sind langwierig und teuer und haben es in der Praxis oft erforderlich gemacht, nach Ersatzlösungen zu suchen (zum Beispiel Abspaltung und Anteilsübertragung).

(b) Restrukturierung und Unternehmenskauf

Bei Unternehmenskäufen oder Fusionen ist es nun erstmals möglich, die Anteilseigner der übernommenen Gesellschaft mit Anteilen der übernehmenden Gesellschaft oder mit Anteilen der Muttergesellschaft zu vergüten (Aktientausch). Auch können Gesellschafter bei einer Fusion mit Geld ausgezahlt werden. Dies gilt nunmehr auch für grenzüberschreitenden Transaktionen, einschließlich Fusionen im Dreiecksverhältnis, bei denen Aktien der übernommenen Gesellschaft gegen die der Muttergesellschaft der übernehmenden Gesellschaft getauscht werden. Diese Vorschriften werden aber erst im Jahr 2007 in Kraft treten, da die Regierung einen deutlichen Anstieg der Ankäufe aus dem Ausland erwartet und japanischen Unternehmen mehr Zeit geben möchte, sich darauf vorzubereiten.

Restrukturierungen werden künftig auch dadurch vereinfacht, dass in einigen Fällen der Spaltung oder Restrukturierung der Vorstand die Entscheidung treffen kann, ohne die Gesellschafterversammlung anzurufen.

Mit der Erleichterung von Übernahmen führt das neue Gesetz auch Maßnahmen ein, sich gegen solche Übernahmen zur Wehr zu setzen. So kann der Vorstand Aktien mit besonderen Stimmrechten (Mehrfachstimmrechte, Vetorechte) ausgeben. Solche Maßnahmen müssen aber zuvor von der Gesellschafterversammlung genehmigt werden.

5 *Shôhō*, Gesetz Nr. 48/1957, zuletzt geändert durch Gesetz Nr. 54/2004.

(c) *Geschäftstätigkeit ausländischer Gesellschaften in Japan*

Insgesamt ist das neue Gesetz sicher ein großer Fortschritt, gerade aus der Sicht ausländischer Unternehmen.

Eine Vorschrift hat in den Wochen vor der Verabschiedung aber für erhebliche Diskussionen und zu Interventionen ausländischer Wirtschaftsverbände, allen voran der *European Business Community* in Japan und der *American Chamber of Commerce* in Japan geführt. Nach Artikel 821 des neuen Unternehmensgesetzes ist es quasi-ausländischen Unternehmen untersagt, in Japan Geschäftstätigkeiten zu entfalten. Dabei handelt es sich um Unternehmen, die ihren alleinigen oder Hauptgeschäftssitz in Japan haben, die aber nach dem Recht eines anderen Landes gegründet sind. Nicht wenige Unternehmen sind davon betroffen, darunter Gesellschaften, die wegen des (bisher) sehr hohen Stammkapitals im Ausland gegründet wurden, aber auch *special purpose companies*, die zum Beispiel bei der Verbriefung von Forderungen (*securitisation*) regelmäßig im Ausland gegründet werden.

Aus der Sicht des deutschen Rechtes, welches ja im internationalen Gesellschaftsrecht der Sitztheorie folgt, ist dieser Gedanke durchaus vertraut: Einer nur in Deutschland tätigen, aber nach dem Recht eines anderen Landes gegründeten Gesellschaft würde in Deutschland die Rechtsfähigkeit aberkannt, von den Ausnahmen der EU-Auslandsgesellschaften einmal abgesehen. Verständlicherweise war die Kritik aus dem angloamerikanischen Rechtskreis, welcher im internationalen Gesellschaftsrecht der Gründungstheorie folgt, größer.

Die Vorschrift ist ungeachtet dieser Kritik entsprechend dem ursprünglichen Entwurf in Kraft getreten. Allerdings hat der Rechtsausschuß des Parlamentes einen Nebenbeschluß (*futai ketsugi*) gefaßt, demzufolge es alleiniger Zweck des Gesetzes ist, einen Mißbrauch des japanischen Gesellschaftsrechts zu vermeiden. Bestehende und zukünftige Auslandsinvestitionen soll es hingegen nicht behindern.

3. *Warenzeichengesetz*

Schließlich sei noch kurz eine Änderung des Warenzeichengesetzes erwähnt, die ebenfalls in dieser Legislaturperiode am 15. Juni 2005 verabschiedet wurde⁶.

Gegenstand der Reform sind regionale Herkunftsbezeichnungen, vor allem solche, die von örtlichen Wirtschaftsverbänden oder von Landwirtschaftsgenossenschaften zur Förderung regionaler Produkte verwendet werden. Sie können nun von den Verbänden und Genossenschaften beantragt und zu ihren Gunsten eingetragen werden.

6 Gesetz zur teilweisen Änderung des Warenzeichengesetzes, *shôhyô-hô no ichibu wo kaisei suru hôritsu*, Gesetz Nr. 56/2005.

C. PRIVATISIERUNG DER JAPANISCHEN POST

Das Kernvorhaben dieser Sitzungsperiode war die Privatisierung der japanischen Post. Es war nicht nur das am intensivsten diskutierte legislative Projekt dieses Jahres. Vielmehr war und ist es seit dem Amtsantritt von Premierminister *Koizumi* das Reformprojekt seiner Regierung schlechthin. Bekanntlich ist die Privatisierung der Post in der Regierungspartei LDP höchst umstritten. Zu groß ist die Bedeutung vieler örtlicher Postämter und ihrer Mitarbeiter für die Wiederwahl von LDP-Abgeordneten, und zu sehr hat Premierminister *Koizumi* die Privatisierung der Post zum Symbol für seine Reformpolitik gemacht. Ein Scheitern der Postreform wäre ein symbolischer Sieg der alten LDP-Gruppen über die vom Premierminister betriebene Reformpolitik. So verliefen die Fronten vor Beginn der Legislaturperiode.

Nach jahrelangen informellen Beratungen brachte das Kabinett im April 2005 insgesamt sechs Gesetzentwürfe ein, die im Zusammenhang mit der Privatisierung der Post standen⁷. Zu Beginn des Haushaltsjahres 2007/2008 (1. April) sollte die Post in vier Geschäftsbetriebe aufgespaltet werden, die jeweils in eigenständigen operativen Gesellschaften organisiert sind. Anteile an allen vier Gesellschaften sollte eine Beteiligungsgesellschaft und deren Anteile wiederum der Staat halten. Die Beteiligungsgesellschaft sollte alle Anteile an den operativen Gesellschaften Postbank und Postversicherung veräußern, gleichzeitig aber das Recht haben, Anteile daran wieder auf dem Markt zurückzuerwerben. Ein Fonds von mindestens einer Trillion Yen (ca. 7,4 Billionen €) sollte dauerhaft Postämter (Postverkehr und Finanzdienstleistungen) auf dem Land sicherstellen.

Mit einer knappen Mehrheit billigte das Unterhaus am 5. Juli 2005 die Gesetze, die dann dem Oberhaus zur Entscheidung vorgelegt wurden.

Die Abstimmung im Oberhaus wurde immer wieder verzögert, weil eine zu große Zahl von Mitgliedern der Regierungsfraktion angekündigt hatte, gegen das Gesetz zu stimmen. Drei Szenarien waren Anfang August denkbar: Der Regierung würde es gelingen, die Kritiker in der LDP für die Privatisierung zu gewinnen (nicht aus Überzeugung, sondern durch massiven politischen Druck), das Gesetzgebungsvorhaben würde in die nächste Legislaturperiode verschoben (dann hätte aber nach der Verfassung auch die Abstimmung im Unterhaus wiederholt werden müssen), oder der Entwurf würde abgelehnt. Premierminister *Koizumi* hatte angedroht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen zu bestimmen.

Am 8. August, zu Beginn der letzten Woche der parlamentarischen Sitzungsperiode, kam es dann zur Abstimmung, bei der die Entwürfe mit einer Mehrheit von 125 zu 108 Stimmen abgelehnt wurden. Am selben Tag löste der Premierminister das Parlament auf, Neuwahlen werden am 11. September 2005 stattfinden.

7 Darunter vor allem: Entwurf des Gesetzes über die Privatisierung des Postwesens (*yūsei min-eika hōan*); Entwurf des Gesetzes über die Japanische Postverwaltung Aktiengesellschaft (*nihon yūsei kabushiki kaisha hōan*); Entwurf des Gesetzes über die Postaktiengesellschaft (*yūbinkyoku kabushiki kaisha hōan*).

D. VERABSCHIEDETE GESETZE

Alle in der 162. Sitzungsperiode verabschiedeten Gesetze sind nachfolgend mit der offiziellen Gesetzesnummer und mit dem Datum der Verkündung aufgelistet.

1. *Auswärtige Angelegenheiten*

- Gesetz Nr. 11/2005, 31. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über die Titel und Position sowie über die Vergütung von Beamten im auswärtigen Dienst
- Gesetz Nr. 54/2005, 10. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über Dolmetscher und Reiseführer und des Gesetzes zur Förderung des internationalen Tourismus betreffend die Förderung der Diversifizierung der von ausländischen Touristen besuchten Gebiete

2. *Umwelt*

- Gesetz Nr. 33/2005, 27. April 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Umweltministeriums
- Gesetz Nr. 42/2005, 18. Mai 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über die Abfallentsorgung und -beseitigung und anderer Gesetze
- Gesetz Nr. 47/2005, 20. Mai 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Kläranlagengesetzes
- Gesetz Nr. 51/2005, 25. Mai 2005 Gesetz zur Regelung von bestimmten Kategorien des Gasausstoßes von Kraftfahrzeugen
- Gesetz Nr. 61/2005, 17. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Förderung von Maßnahmen gegen die globale Erwärmung
- Gesetz Nr. 68/2005, 22. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Tierschutz- und -aufsichtsgesetzes
- Gesetz Nr. 69/2005, 22. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über besondere Maßnahmen zur Bewahrung der Wasserqualität in Binnengewässern

3. *Wirtschaft und Industrie*

- Gesetz Nr. 30/2005, 13. April 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Reform der Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen
- Gesetz Nr. 32/2005, 20. April 2005 Gesetz über die *Nihon Arukôru Kabushiki Kaisha*

- Gesetz Nr. 35/2005, 27. April 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über das Verbot von privaten Monopolen und über die Förderung des lautereren Wettbewerbs (Antimonopolgesetz)
- Gesetz Nr. 40/2005, 6. Mai 2005 Gesetz über Gewerkschaftliche Vereinbarungen von Unternehmen mit beschränkter Haftung
- Gesetz Nr. 44/2005, 20. Mai 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Regelung von Kernbrennstoffen und von Kernenergieanlagen
- Gesetz Nr. 48/2005, 20. Mai 2005 Gesetz zur Verwaltung von Reservefonds für die Wiederaufarbeitung von Brennstoffen der Kernenergie
- Gesetz Nr. 56/2005, 15. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Warenzeichengesetzes
- Gesetz Nr. 75/2005, 29. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über das Verbot unlauteren Wettbewerbs
- Gesetz Nr. 93/2005, 10. August 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Rationalisierung der Energienutzung

4. *Gesundheit und Arbeit*

- Gesetz Nr. 9/2005, 30. März 2005 Gesetz über Ausnahmebestimmungen zur Änderung des Gesamtbetrages des Kinder- und Familiengeldes und anderer Bestimmungen nach dem Kinder- und Familiengeldgesetz
- Gesetz Nr. 10/2005, 30. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Gewährung eines Trostgeldes für Hinterbliebene von Kriegsgefallenen
- Gesetz Nr. 20/2005, 31. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Durchführung des Pflegeversicherungsgesetzes
- Gesetz Nr. 25/2005, 1. April 2005 Gesetz betreffend die Regulierung und Rationalisierung staatlicher Subventionen zur teilweisen Änderung des Privatkrankenversicherungsgesetzes
- Gesetz Nr. 39/2005, 2. Mai 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über technisches Personal zur Durchführung klinischer oder hygienischer Untersuchungen
- Gesetz Nr. 62/2005, 17. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über die Sozialversicherungs- und Arbeitsberater (*shakai hōken rōmu shi*)
- Gesetz Nr. 64/2005, 17. Juni 2005 Gesetz zur Ausführung des Abkommens zwischen der Regierung Japans und der französischen Republik zur sozialen Sicherheit mit Ausnahmebestimmungen zum Rentenversicherungsgesetz und anderen Regelungen

- Gesetz Nr. 65/2005, 17. Juni 2005 Gesetz zur Ausführung des Abkommens zwischen der Regierung Japans und dem Königreich Belgien zur sozialen Sicherheit mit Ausnahmebestimmungen zum Rentenversicherungsgesetz und anderen Regelungen
- Gesetz Nr. 71/2005, 22. Juni 2005 Gesetz zur Kontrolle und Organisation einer unabhängigen öffentlichen Anstalt zur Wohlfahrtspflege für die Rente und die Krankenversicherung
- Gesetz Nr. 77/2005, 29. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Pflegeversicherungsgesetzes
- Gesetz Nr. 81/2005, 6. Juli 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Förderung der Beschäftigung von Behinderten
- Gesetz Nr. 84/2005, 15. Juli 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Verbesserung der Beschäftigung von Beschäftigten im Baugewerbe
- Gesetz Nr. 90/2005, 29. Juli 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Mutterschutzgesetzes

5. *Parlamentsangelegenheiten*

- Gesetz Nr. 27/2005, 13. April 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über die nationale Parlamentsbibliothek
- Gesetz Nr. 28/2005, 13. April 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über die Parlamentsangestellten

6. *Landwesen und Verkehr*

- Gesetz Nr. 3/2005, 16. Februar 2005 Gesetz zur Förderung des Besuches ausländischer Reisender zu internationalen Messen in Japan im Jahr 2005
- Gesetz Nr. 7/2005, 30. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Förderung von Halbinseln
- Gesetz Nr. 18/2005, 31. März 2005 Gesetz zur Förderung der Qualitätssicherung bei öffentlichen Bauten
- Gesetz Nr. 34/2005, 27. April 2005 Gesetz betreffend die Nutzung privatwirtschaftlicher Mittel für die Erhaltung von Stadtgebieten zur teilweisen Änderung des Gesetzes über besondere Maßnahmen zur Wiederbelebung der Städte und anderer Gesetze
- Gesetz Nr. 37/2005, 2. Mai 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Verhütung von Flutkatastrophen und des Gesetzes zur Förderung von Maßnahmen gegen Erdbeben in erdbebengefährdeten Gebieten

Gesetz Nr. 41/2005, 6. Mai 2005	Gesetz zur Verbesserung der städtischen Eisenbahnen
Gesetz Nr. 45/2005, 20. Mai 2005	Gesetz betreffend die Reaktivierung von Hafenanlagen zur teilweisen Änderung des Hafenanlagengesetzes
Gesetz Nr. 55/2005, 10. Juni 2005	Gesetz zur teilweisen Änderung des Reisepaßgesetzes und des Gesetzes zur Bestrafung von organisierter Kriminalität und zur Kontrolle der Vorurteile von Straftaten
Gesetz Nr. 67/2005, 22. Juni 2005	Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Standardisierung und zur Produktauszeichnung von land- und forstwirtschaftlichen Gütern
Gesetz Nr. 70/2005, 22. Juni 2005	Gesetz zur teilweisen Änderung des Abwasserleitungsgesetzes
Gesetz Nr. 78/2005, 29. Juni 2005	Gesetz betreffend die Kontrolle öffentlicher Gelder für den Anschluß von Häusern und Grundstücken zur teilweisen Änderung des Gesetzes über öffentliche Wohnungen
Gesetz Nr. 79/2005, 29. Juni 2005	Gesetz über besondere Maßnahmen zur Kontrolle der regional diversifizierten Nachfrage nach öffentlichem Mietwohnraum
Gesetz Nr. 80/2005, 6. Juli 2005	Gesetz zur teilweisen Änderung des Luftverkehrsgesetzes
Gesetz Nr. 82/2005, 6. Juli 2005	Gesetz über die Errichtung einer unabhängigen öffentlichen Anstalt zur Unterstützung von Wohnungsbaudarlehen
Gesetz Nr. 85/2005, 22. Juli 2005	Gesetz zur Förderung, Vereinheitlichung und Effizienzsteigerung in der Vertriebswirtschaft
Gesetz Nr. 89/2005, 29. Juli 2005	Gesetz betreffend die Planung der allgemeinen Landentwicklung zur teilweisen Änderung des allgemeinen Landerschließungsgesetzes

7. *Finanz- und Geldwesen*

Gesetz Nr. 2/2005, 16. Februar 2005	Gesetz über Ausnahmebestimmungen zur Einkommensteuer und zur Körperschaftssteuer betreffend Subventionen zur Strukturreform der Fischerei-, Land- und Forstwirtschaft
Gesetz Nr. 17/2005, 31. März 2005	Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über Maßnahmen betreffend die Mitgliedschaft in internationalen Entwicklungsorganisationen

- Gesetz Nr. 19/2005, 31. März 2005 Gesetz über Ausnahmebestimmungen zur Ausgabe von öffentlichen Anleihen für die Finanzdirektion im Haushaltsjahr 2005 und andere Regelungen
- Gesetz Nr. 21/2005, 31. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Einkommensteuergesetzes
- Gesetz Nr. 22/2005, 31. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Zolllarifgesetzes
- Gesetz Nr. 38/2005, 2. Mai 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Versicherungswirtschaftsgesetzes
- Gesetz Nr. 76/2005, 29. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Wertpapierhandelsgesetzes
- Gesetz Nr. 92/2005, 10. August 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über Notmaßnahmen zur Reform des Spirituosen-einzelhandels
- Gesetz Nr. 94/2005, 10. August 2005 Gesetz zum Schutz von Bankeinlagenbesitzern vor unrechtmäßigen maschinellen Auszahlungen von Geldeinlagen infolge der Fälschung oder des Diebstahls von Bankkarten

8. *Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten*

- Gesetz Nr. 1/2005, 9. Februar 2005 Gesetz über Ausnahmebestimmungen betreffend den Gesamtbetrag der regionalen Subventionssteuer für das Haushaltsjahr 2005
- Gesetz Nr. 5/2005, 25. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gemeindesteuergesetzes
- Gesetz Nr. 6/2005, 30. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Pensionsgesetzes
- Gesetz Nr. 12/2005, 31. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Subvention der Regionen
- Gesetz Nr. 31/2005, 15. April 2005 Gesetz zum Verbot des mißbräuchlichen Gebrauchs von Erklärungen oder Verpflichtungen der Vertragspartner von Verträgen über Mobilfunksprachdienste
- Gesetz Nr. 46/2005, 20. Mai 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über die Angemessenheit von spezifizierter E-Mail-Kommunikation
- Gesetz Nr. 72/2005, 29. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über die Wahl in öffentliche Ämter
- Gesetz Nr. 73/2005, 29. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes

9. *Kabinettsamt*

- Gesetz Nr. 14/2005, 31. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über besondere Maßnahmen zur Förderung von Okinawa
- Gesetz Nr. 15/2005, 31. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über besondere finanzielle Maßnahmen des Staates für Erdbebenkatastrophennotfalldienste in zur Verstärkung von Erdbebenkatastrophenmaßnahmen bestimmten Gegenden
- Gesetz Nr. 24/2005, 1. April 2005 Gesetz zur Wiederbelebung ländlicher Gegenden
- Gesetz Nr. 26/2005, 1. April 2005 Gesetz über die Grundlagen und die Organisation einer unabhängigen öffentlichen Anstalt Forschung und Technologie Okinawa
- Gesetz Nr. 43/2005, 20. Mai 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über nationale Feiertage
- Gesetz Nr. 57/2005, 17. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über besondere Strukturreformgebiete
- Gesetz Nr. 63/2005, 17. Juni 2005 Grundlagengesetz über die Ernährungserziehung
- Gesetz Nr. 88/2005, 29. Juli 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Verteidigungsamtes

10. *Landwirtschaft, Forst und Fischerei*

- Gesetz Nr. 8/2005, 30. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Förderung von Bergdörfern
- Gesetz Nr. 16/2005, 31. März 2005 Gesetz betreffend die Regulierung und Rationalisierung staatlicher Subventionen zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur finanziellen Unterstützung für die Modernisierung der Landwirtschaft und anderer Gesetze
- Gesetz Nr. 36/2005, 27. April 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zum Schutz wasserwirtschaftlicher Ressourcen und des Gesetzes über die dauerhafte Sicherstellung der Fischzucht
- Gesetz Nr. 52/2005, 10. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über Ausnahmebestimmungen zum Agrargesetz betreffend spezifizierte Agrardarlehen
- Gesetz Nr. 53/2005, 10. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Förderung der Grundlagen der Agrarwirtschaft und anderer Bestimmungen
- Gesetz Nr. 59/2005, 17. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Aufzuchtgesetzes
- Gesetz Nr. 60/2005, 17. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des allgemeinen Forstgesetzes

Gesetz Nr. 74/2005, 29. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Förderung der Grundlagen für den Besuch, den Aufenthalt und das Leben in Bauern-, Berg- und Fischerdörfern

11. Erziehung, Kultur und Sport

Gesetz Nr. 23/2005, 31. März 2005 Gesetz betreffend die Regulierung und Rationalisierung staatlicher Subventionen zur teilweisen Änderung des Staatsschulpflichtkostenbelastungsgesetzes

Gesetz Nr. 49/2005, 25. Mai 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über die nationalen Universitäten

Gesetz Nr. 83/2005, 15. Juli 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Schul- und Erziehungsgesetzes

Gesetz Nr. 91/2005, 29. Juli 2005 Gesetz zur Förderung der Schrift- und Druckkultur

12. Rechtswesen und Justiz

Gesetz Nr. 4/2005, 19. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Errichtung unterinstanzlicher Gerichte und ihres Zuständigkeitsbereiches

Gesetz Nr. 13/2005, 31. März 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Bestimmung der Planstellen des Gerichtspersonals

Gesetz Nr. 29/2005, 13. April 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes über die Registrierung von Immobilien

Gesetz Nr. 50/2005, 25. Mai 2005 Gesetz über Strafanstalten und über die Behandlung von Straftätern

Gesetz Nr. 58/2005, 17. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Gesetzes zur Regelung der Haftung von Schiffseigentümern

Gesetz Nr. 66/2005, 22. Juni 2005 Gesetz zur teilweisen Änderung des Strafgesetzbuches

Gesetz Nr. 86/2005, 26. Juli 2005 Unternehmensgesetz

Gesetz Nr. 87/2005, 26. Juli 2005 Gesetz zur Regelung verschiedener Gesetze im Zusammenhang mit der Ausführung des Unternehmensgesetzes